

NRW-Linke

Wunschliste über 2,3 Milliarden

Von Wilfried Goebels, 08.04.11, 10:15h

Mit einem Forderungskatalog im Umfang von 2,3 Milliarden Euro will die NRW-Linkspartei die Regierung unter Druck setzen. Rot-Grün braucht die Enthaltung der Linkspartei, um eine Mehrheit für den Haushalt 2011 zu erzielen.



Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft. (Bild: dpa)

DÜSSELDORF - Unmittelbar nach der Einigung von Rot-Grün auf einen Haushaltsentwurf 2010 sorgt die Linkspartei mit einer „Wunschliste“ im Umfang von 2,3 Milliarden Euro für Verwirrung. Linken-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann hält die Pläne, alle Steuermehreinnahmen zur Senkung der Neuverschuldung einzusetzen, für grundfalsch. Stattdessen soll Rot-Grün das Steuerplus einsetzen für Soziales und Bildung.

Zwar sieht die Linke derzeit keinen zwingenden Grund, den Etat 2011 abzulehnen. Man werde aber mit 87 Änderungsanträgen „Druck machen gegen das Spardiktat“.

Das Urteil des NRW-Verfassungsgerichts Münster, in dem die Richter eine sparsame Haushaltsführung verlangt hatten, bezeichnet die Linke als ein „politisches Urteil“. Es müsse gefragt werden, ob ein Urteil seriös sei, dass die Menschen in Massenarmut treibe.

In den Anträgen fordert die Linke 933 Millionen Euro zusätzlich für die Kommunen, knapp 800 Millionen mehr für Bildung und 500 Millionen extra für Soziales. „Wir haben den Schuss gehört“, behauptete Linken-Finanzexperte Rüdiger Sagel mit Blick auf das Urteil. Die Linke räumte ein, dass der Forderungskatalog „nur in Bruchteilen“ umsetzbar sei. Ein erstes Spitzengespräch zwischen Rot-Grün und der Linken Anfang der Woche sei aber sehr sachlich verlaufen. Rot-Grün braucht die Enthaltung der Linkspartei, um eine Mehrheit für den Haushalt 2011 im Landtag zu erzielen.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1296684679928>

Alle Rechte vorbehalten. © 2010 **Kölnerische Rundschau**